

FBP-TERMIN

Italienische Atmosphäre am Markt in Como

VADUZ – Am Samstag, 18. Juni gehen die FBP-Ortsgruppen Planken, Schellenberg und Gamprin-Bendern nach Como am den Markt. Abfahrt ist um 7 Uhr, beim Gemeindezentrum Schellenberg, um 7.05 Uhr beim Gemeindehaus Gamprin und um 7.25 Uhr beim Gemeindehaus in Planken. Die Zeit in Como steht den ganzen Tag zur freien Verfügung. Rückfahrt aus Como um ca. 17 Uhr.

Ein Frühstückhalt in Splügen ist reserviert. Die Kosten für die Verpflegung trägt jeder selbst. Für die Fahrkosten wird ein Unkostenbeitrag von 45 Franken pro Person erhoben.

Anmeldungen nimmt gerne das FBP-Parteisekretariat unter Telefon 237 79 40 entgegen. Anmeldeschluss ist Freitag, 10. Juni. Wir freuen uns über zahlreiche Anmeldungen und auf einen italienischen Tag in Como.

FBP-Ortsgruppen
Planken, Schellenberg und
Gamprin-Bendern

Zentrale Fragen erörtert

Arbeitsbesuch von Rita Kieber-Beck bei Micheline Calmy-Rey

VADUZ – Am 8. Juni 2005 wählte Regierungsrätin Rita Kieber-Beck, Inhaberin des Ressorts Ausseres, auf Einladung von Bundesrätin Micheline Calmy-Rey, Vorsteherin des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA), zu einem offiziellen Arbeitsbesuch in Bern.

Bei diesem offiziellen Arbeitsbesuch wurde über die Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und Liechtenstein in der UNO und anderen internationalen Gremien gesprochen. Nachdem der Besuch einen Tag nach dem Abstimmungswochenende vom 5. Juni in der Schweiz stattfand, an welchem der Beitritt der Schweiz zu den Abkommen von Schengen (Aufhebung der Personenkontrolle an der Grenze) und Dublin (Gemeinsame Asylpolitik) gutgeheissen wurde, kamen aufgrund der gemeinsamen Aussengrenzen der Schweiz und Liechtensteins auch diese Themen zur Sprache.

Der Besuch fand in äusserst freundschaftlicher Atmosphäre statt und unterstrich erneut die sehr guten und intensiven Beziehungen der beiden Nachbarstaaten zueinander.

Hauptthema Schengen und EU

Die Schweizer Delegation informierte über die Abstimmung vom 5. Juni 2005 betreffend Schengen/Dublin und über die Ausdehnung des Personenfreizügigkeitsabkommens zwischen der Schweiz und der EU auf die zhen neuen EU-Mitgliedsstaaten, zu welcher die Abstimmung in der Schweiz im September 2005 stattfindet. In der Folge der Abstimmung in der Schweiz wird nun auch die liechtensteinische Regierung ihre Position zu Schengen/Dublin konkret definieren. In beiden Ländern ist



Herzliche Atmosphäre beim Arbeitsbesuch von Aussenministerin Rita Kieber-Beck bei ihrer Schweizer Amtskollegin Micheline Calmy-Rey.

das Zustimmungsverfahren zum Inkrafttreten der Zinsbesteuerungsabkommen mit der EU auf den 1. Juli 2005 abgeschlossen.

Ebenfalls wurden Informationen über die ersten Erfahrungen mit der Umsetzung der beiden Notenwechsel betreffend den Personenverkehr zwischen der Schweiz und Liechtenstein ausgetauscht. Im Vordergrund der Diskussionen betreffend

die internationalen Organisationen stand die geplante Reform der UNO, die am Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs im September 2005 verabschiedet werden soll. Für Liechtenstein wie für die Schweiz ist nicht nur die Reform des Sicherheitsrats ein wichtiges Thema, sondern auch die gebührende Berücksichtigung der Mitsprache kleiner und ganz klei-

ner Staaten auf dem Wege der Behandlung der Traktanden in der UNO-Generalversammlung. Der Schutz und der Ausbau des Schutzes der Menschenrechte ist für Liechtenstein wie für die Schweiz ein zentrales Anliegen. So unterstützen auch beide Länder Vorschläge zur Verstärkung dieses Schutzes und insbesondere auch die Idee, ein geeignetes hohes Organ dafür zu schaffen.

Betreffend den Europarat fand ein gemeinsamer Rückblick auf das dritte Gipfeltreffen von Mitte Mai in Warschau statt: Liechtenstein hat sich wie die Schweiz insbesondere für die Stärkung des Menschenrechtsschutzes eingesetzt und tritt für eine baldige Ratifikation des Protokolls 14 zur Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) ein, um die Arbeit des Menschenrechtsgerichtshofs möglichst entlasten zu können. Dazu gehört auch das von beiden Ländern vertretene Anliegen, dass der Schutz der Menschenrechte nicht den Argumenten zur Terrorismusbekämpfung zum Opfer fallen darf. Beide Länder sind daran interessiert, dass die Aufgaben des Europarats in einem sich stark ändernden Umfeld angesichts der zunehmenden Konzentration der Mitgliedsstaaten der EU auf die EU selbst klar definiert werden müssen. Dies gilt auch bezüglich des Verhältnisses und der Aufgabenteilung mit der OSZE.

Auch die Rolle der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) muss neu und konkret definiert werden. Beide Länder erwarten sich hierzu von einem von der OSZE eingesetzten Rat der Weisen wichtige Impulse.

Im Anschluss an den Arbeitsbesuch lud Bundesrätin Micheline Calmy-Rey Rita Kieber-Beck zu einem Mittagessen ein. (pafl)

Prädikat «prüfenswert»

Schweizerisches Ja zum Partnerschaftsgesetz sendet Signale nach Liechtenstein

SCHAAN – Eine klare Mehrheit von 58 Prozent der Schweizer Stimmberechtigten hat am vergangenen Wochenende die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare gutgeheissen. Regierungschef Otmar Hasler betrachtet ein ähnliches Gesetz auch für Liechtenstein als «prüfenswert».

• Martin Hasler

Die Genehmigung der Gesetzesvorlage wird es Homosexuellen in der Schweiz in Zukunft erlauben, ihre Partnerschaft auf dem Zivilstandesamt registrieren zu lassen. Dadurch erhalten sie verschiedene, gesetzlich festgelegte Rechte und Pflichten und werden hinsichtlich Rentenansprüchen und Steuerrecht gleich wie Ehepaare behandelt. In einigen anderen Punkten unterscheidet sich die eingetragene Partnerschaft jedoch klar von der Ehe: so bleibt Schwulen und lesbischen Paaren zum Beispiel das Adoptionsrecht weiterhin verwehrt.

«Prüfungswerte Vorgehensweise»

Für Otmar Hasler ist klar, dass dem gesellschaftlichen Wandel der letzten Jahrzehnte auch im Fürstentum Rechnung getragen werden muss: «Eingetragene Partnerschaf-



Schwule und lesbische Paare in der ganzen Schweiz feierten am Wochenende das klare Ja der Wähler zum neuen Partnerschaftsgesetz.

ten, die es neben der Schweiz in vielen europäischen Staaten gibt, können sich hierbei auch für Liechtenstein als prüfungswerte Vorgehensweise erweisen.»

Im liechtensteinischen Schwulen- und Lesbenverein FLay wurde

das schweizerische Abstimmungsresultat begrüsst, wie Vereinsmitglied Christian bestätigt: «Das war längst überfällig und ist eine tolle Sache.» Er hofft, dass nach den positiven Signalen aus dem Nachbarland auch hierzulande ein ähn-

liches Gesetz auf den Tisch kommt.

Noch vor zwei Jahren trat der liechtensteinische Landtag auf einen Vorstoss in diese Richtung, welcher vom FL-Abgeordneten Paul Vogt vorgebracht worden war, nicht ein. Zwar wurde festgehalten, dass betreffend der Schaffung einer Möglichkeit der rechtlichen Anerkennung gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften Handlungsbedarf bestehe; die meisten Parlamentarier vertraten jedoch die Meinung, dass zuerst einmal die Entwicklungen in den Nachbarländern abgewartet werden sollten.

Das schweizerische Ja zum Partnerschaftsgesetz könnte nun die Ausgangslage in Liechtenstein verändern und Schwule und Lesben im Land wieder hofen lassen. Otmar Hasler sagt zum weiteren Vorgehen: «Dabei sollten verschiedene Lösungsansätze geprüft werden, um letztlich eine Vorgehensweise zu finden, die den liechtensteinischen Begebenheiten gerecht wird.»

Diskriminierung vermeiden

Dadurch dürfte jedoch der Status der Ehe nicht angetastet werden; es geht vielmehr darum, eine Diskriminierung anderer partnerschaftlicher Lebensformen zu vermeiden, so der Regierungschef abschliessend.

NACHRICHTEN

Sitzungen des Verwaltungsgerichtshofs vom 9. Juni 2005

VADUZ – Der Verwaltungsgerichtshof tagt am 9. Juni 2005 in folgenden nicht-öffentlichen Sitzungen:

- VGH 2005/27 Ertragssteuern
- VGH 2005/24 Verfahrenshilfe
- VGH 2005/38 Widerruf Aufenthaltsbewilligung
- VGH 2005/35 Internationale Amtshilfe an EBK
- VGH 2005/36 Internationale Amtshilfe an EBK
- VGH 2005/23 Unterteilungsplan Baulandumlegung Bölsfeld Etschen
- VGH 2004/106 Baubewilligung für Einbau Klimaanlage
- VGH 2004/69 Konzession für Physiotherapiepraxis (pafl)

Zentrale
Strafverfahren
VADUZ – Am Wochenende kam es zu zahlreichen Verkehrsunfällen an Fahrzeugen und Vermögenschäden. In Vaduz versuchten zwei Jugendliche an einem abgestellten Personenkraftwagen des Rechtschreibwischer abzubauen. In Sarganserland wurde eine unbekannte Person mit dem gestohlenen Auto und zertrat durch angefahren. Menschen im Vordergrund eines Hauses.
Auch in Schaan wurde für den Besitzer eines Personenkraftwagens ein Sachschaden von ca. 1800 Franken. Die beiden unbekannteten Täter verschoben vier Autos.
10 000 Franken Sachschaden
In der Nacht vom Samstag auf Sonntag haben zwei Jugendliche in der Mitte von Sarganserland einen Personenkraftwagen des Rechtschreibwischer abgebaut. Der Sachschaden betrug ca. 10 000 Franken. Wie bei dem unbekannteten Personenkraftwagen, haben die Täter ein Bild der Verfassung. (pafl)